

Protokoll Nr. 8 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 25.06.2020 im großen Saal des Bürgerzentrums Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:15 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|--|
| a) vom Beirat | Miriam Benz
Gudrun Eickelberg
Dr. Michael Fillié
Markus Gonther
Jörn Linnertz
Stefan Pastoor
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann | Christian Carstens
Anna Faethe
Maria-Katharina Gonther
Sandor Herms Herms
Kay Middendorf
Gabriele Schmidt
Dr. Wolfgang Schober |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes
Thomas Berger | |
| c) Gast | Friedhelm Behrens (swb AG) | |

Frau Dr. Mathes weist zunächst darauf hin, dass seitens der CDU-Fraktion ein Antrag vorliege, der bisher nicht von der Tagesordnung berücksichtigt werde.¹ Herr Dr. Volkmann stellt für die CDU-Fraktion fest, dass der Antrag angesichts des nahenden neuen Schuljahres dringlich sei und bittet darum, ihn zu befassen. Herr Dr. Schober bittet, den Antrag zunächst im Fachausschuss „Bildung und Kinder“ zu beraten. Anschließend beschließt der Beirat mit 9 Ja- bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich, dass der Antrag als neuer TOP 6 auf der Tagesordnung berücksichtigt wird.

Das Protokoll Nr. 7 der öffentlichen Beiratssitzung am 28.05.2020 wird genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Eickelberg berichtet, dass im Rechtsstreit des Beirats mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) zur Grundsanierung der Bürgermeister-Spitta-Allee die vom Beirat beauftragte Anwaltskanzlei beim Verwaltungsgericht beantragt habe, die Frist für die Abgabe einer Berufung zu verlängern.² Sie gehe davon aus, dass dem stattgegeben worden sei.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass die hanseWasser Bremen GmbH am 03.08.2020 mit der Kanalsanierung im Schwachhauser Ring beginnen wolle. Die Maßnahme werde voraussichtlich bis Juli 2021 dauern. Nähere Informationen fänden sich im Baustellenradar von hansewasser.³ Da die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) anstrebe, in Schwachhausen weitere Fahrradbügel aufzustellen, bitte das Ortsamt bis 02.07.2020 um Standort-Vorschläge.⁴

¹ Der Antrag der CDU-Fraktion ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

² Der Rechtsstreit wurde auf der letzten Beiratssitzung erörtert, siehe unter [Protokoll Nr. 7](#) (TOP 9). Der Beirat hat sich dafür ausgesprochen, in Berufung zu gehen.

³ Nähere Informationen finden sich unter https://www.abraxas-medien.de/hansewasser_baustellen/upload/schwachhauser_ring-20200625_.pdf.

⁴ Das Anschreiben von SKUMS vom 12.06.2020 ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

**TOP 2: Auswirkungen der Corona-Zeiten auf den Stadtteil und Handlungsbedarfe
dazu: Antrag CDU „Gastronomie in Schwachhausen – Hilfe durch schnelle und unbürokratische Maßnahmen“ sowie Antrag SPD**

Frau Dr. Mathes weist zunächst darauf hin, dass neben dem bereits vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion kurzfristig auch ein Antrag der SPD-Fraktion zu diesem TOP eingegangen sei.

Herr Dr. Volkmann stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor. Er macht dabei deutlich, dass die Gastronomie durch die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie besonders belastet sei.⁵ Deshalb schlage seine Fraktion vor, auf Pacht- und Parkplatzgebühren zu verzichten sowie die Öffnungszeiten in den Abendstunden auszuweiten.

Herr Carstens stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor und stellt dabei fest, dass der Antrag der CDU durch die jüngste Beschlusslage der Bremischen Bürgerschaft bereits überholt sei.⁶ Es gehe jetzt in der Ausführung dieses Beschlusses darum, dass vor Ort kurzfristig reagiert werden könne und die Interessen betroffener Anwohner*innen berücksichtigt würden.

Christoph Blöcher bestätigt für den Verein „Die Wachmannstraße“, dass die Gastronomie durch die ergriffenen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie tatsächlich gelitten habe. Deshalb begrüße er den Vorschlag, auf anfallende Pachtgebühren zu verzichten. Kritisch sehe er jedoch den vorgeschlagenen Wegfall von Parkgebühren, könnte dies doch dazu führen, dass noch mehr Ortsfremde dringend benötigten Parkraum in der Wachmannstraße belegten. Problematisch sei auch eine Ausweitung der Öffnungszeiten, denn dies gehe zu Lasten der Anwohner*innen. Herr Blöcher macht deutlich, dass es in der Wachmannstraße auch vielerlei andere Gewerbe gebe, die in der jetzigen Situation Unterstützung bräuchten.

Zum Ende der Debatte erklärt Herr Dr. Volkmann, dass seine Fraktion ihren Antrag zurückziehe. Herr Carstens erklärt wiederum, dass seine Fraktion den Zusatz übernehme, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten nur soweit möglich und in Abstimmung mit den Interessen der Anwohner*innen erfolgen solle.

In der anschließenden Abstimmung spricht sich der Beirat einstimmig bei einer Enthaltung für den leicht geänderten Antrag der SPD-Fraktion aus.

Frau Dr. Mathes hält fest, dass die kurzfristig im Ortsamt eintreffenden Vorhaben zur Ausweitung der Außengastronomie je nach zeitlicher Nähe von den Fachausschüssen „Bau und Stadtentwicklung“ bzw. „Globalmittel, Koordination und Prävention“ behandelt würden.

**TOP 3: Antrag CDU „Aufgesetztes Parken in der Klugkiststraße“
dazu: Antrag SPD „Rechtliche Beratung zur Thematik Aufgesetztes Parken anfordern“**

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass zum bereits vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion auch die SPD-Fraktion einen Antrag zu diesem TOP vorgelegt habe.

Herr Dr. Volkmann begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass es dringenden Handlungsbedarf gebe.⁷ Die die Landesregierung tragenden Parteien hätten mit ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, das aufgesetzte Parken zurückdrängen zu wollen und zur Parkraumüberwachung mehr Personal einstellen zu wollen. Die CDU stehe zu dem Vorhaben, in Schwachhausen weitere Bewohnerparkzonen einzurichten. Allerdings müsse hierfür das aufgesetzte Parken weitergehend legalisiert werden. Ansonsten drohe in Straßen wie der Klugkiststraße der Wegfall von 50% der genutzten Parkplätze. SKUMS habe erklärt, auf einer Mindest-Gehwegbreite von 2,50 m zu bestehen, während der Senator für Inneres (SI) mehr Abweichungen tolerieren wolle.⁸ Seine Fraktion habe sich für die Legalisierung des aufgesetzten Parkens für die Klugkiststraße entschieden, weil hier selbst nach einer Legalisierung eine Gehwegbreite von 2 m für beidseitiges aufgesetztes Parken verbliebe und keine Konflikte der verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen bekannt seien.

⁵ Der Antrag der CDU-Fraktion ist als **Anlage 3a** diesem Protokoll angefügt.

⁶ Der Antrag der SPD-Fraktion ist als **Anlage 3b** diesem Protokoll angefügt.

⁷ Der Antrag der CDU-Fraktion ist als **Anlage 4a** diesem Protokoll angefügt.

⁸ Herr Dr. Volkmann bezieht sich hier auf Äußerungen von Herrn Weiland (SKUMS) und Frau Twachtmann (SI). Näheres ist [Protokoll Nr. 4](#) (TOPs 1 und 2) der Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ vom 19.02.2020 zu entnehmen.

Anschließend stellt Herr Pastoor den Antrag der SPD-Fraktion vor und stellt zunächst fest, dass die CDU mit ihrem Antrag den bisherigen Konsens des Beirats verlasse, auf der Grundlage einer Analyse, wie sie das vom Beirat beauftragte Parkraumgutachten zur Verfügung stelle, weitere Bewohnerparkzonen auszuweisen.⁹ Mit der Klugkiststraße eine einzelne Straße herauszugreifen, erscheine ihm kontraproduktiv, außerdem sehe das Gutachten hier ausdrücklich keinen unmittelbaren Handlungsbedarf. Wichtig sei es, dass alle Verkehrsteilnehmer*innen berücksichtigt würden und dass die rechtlichen Grundlagen für die Entscheidungen des Beirats geklärt seien. Die Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 29.02.2020 habe gezeigt, dass es fachliche Differenzen zwischen SKUMS und SI gebe, diese müssten geklärt werden.¹⁰ Deshalb strebe die SPD mit ihrem Antrag die Klärung offener Rechtsfragen und die Klärung von Beiratsrechten durch die Senatorin für Justiz und Verfassung an.

Herr Linnertz weist darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion weder dringlich sei noch eine Änderung oder eine Alternative zum Antrag der CDU-Fraktion darstelle. Er hätte demnach nicht auf die Tagesordnung genommen werden dürfen.

Frau Dr. Mathes erwidert, dass sie gerne über die Zulässigkeit des SPD-Antrags abstimmen lasse, zuletzt sei dieser aber durchaus unter dem Thema Bewohnerparken behandelt worden. Sie bitte darum, sachbezogen zu arbeiten.

Frau Eickelberg macht deutlich, dass der Beirat in der vergangenen Legislatur versucht habe, an Hand von drei exemplarischen Straßen einen Modellversuch zum aufgesetzten Parken in die Wege zu leiten. SKUMS habe dem aber eine Absage erteilt. Der Antrag der CDU setze jedoch den abgelehnten Weg der letzten Legislatur fort. Wichtig sei es zu klären, wie die Zahl der Ortsfremden, die in Schwachhauser Straßen parkten, begrenzt werden könne. Der Antrag der SPD sei ohne Schaden und lasse weitere Informationen erwarten.

Herr Dr. Schober unterstützt das Vorgehen der SPD, erst die rechtlichen Grundlagen zu klären, bevor weitere Schritte unternommen werden.

Herr Middendorf unterstreicht, dass Handlungsbedarf bestehe, während der Antrag der SPD-Fraktion nur der Landesregierung Zeit verschaffe. Vor einem Jahr habe SKUMS deutlich gemacht, dass die vom Beirat für möglich gehaltene Restgehwegbreite nicht hingenommen werde. Ob diese Aussage fachlich korrekt sei, werde nicht über eine Rechtsauskunft geklärt, sondern vor dem Verwaltungsgericht; das strebe die CDU an. Im Übrigen verließen diejenigen den gemeinsamen Konsens, die ankündigten, entgegen der langjährigen Praxis mehr Strafmandate für aufgesetztes Parken ausstellen zu wollen. Damit würden in der Klugkiststraße 27 von 60 möglichen Stellplätzen entfallen. Dazu äußere sich die SPD aber nicht. Aufgesetztes Parken in der Klugkiststraße zu legalisieren, bedeute auch, dem Recht Geltung zu verschaffen. Die jetzige Situation sei eine stillschweigende Missachtung des Rechts.

Eine Anwohnerin aus der Klugkiststraße wendet sich gegen Änderungen in ihrer Straße, ein weiterer spricht sich für eine Legalisierung des aufgesetzten Parkens aus. Es gebe keinen Anlass, dies nicht zu tun, denn es komme sich niemand in die Quere.

Herr Linnertz betont, dass der Antrag der CDU-Fraktion erreichen möchte, aufgesetztes Parken, wo möglich, zu legalisieren. In der Klugkiststraße sei dies problemlos möglich. Es gehe darum, Legalität zu schaffen und rechtswidrige Zustände nicht weiter zu dulden. Er unterstreicht, dass Rechtsfragen im Zweifelsfall vor Gericht zu klären wären. Jedenfalls sollte eine Situation, in der Verkehrsüberwacher*innen in der Klugkiststraße Strafmandate verteilen, verhindert werden.

Frau Dr. Mathes lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen: Er wird bei 6 Ja- und 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Anschließend wird der Antrag der SPD-Fraktion mit 8 Ja- und 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen mehrheitlich befürwortet.

Abschließend kündigt Herr Middendorf an, dass die CDU-Fraktion mit weiteren Anträge die Problematik vorantreiben werde.

⁹ Der Antrag der SPD-Fraktion ist als **Anlage 4b** diesem Protokoll angefügt.

Das genannte Parkraumgutachten wurde in der Beiratssitzung am 28.09.2017 vorgestellt, siehe unter [Protokoll Nr. 24](#) (TOP 3). Verwiesen ist auch auf die Anlage [Präsentation BMO zum Parkraumgutachten](#).

¹⁰ Zur Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 29.02.2020 siehe unter [Protokoll Nr. 4](#) (TOPS 1 und 2) sowie unter [Präsentation SUNRISE](#), Strategiepapier Parken in Quartieren SI SKUMS und [Modellversuch SKUMS](#).

TOP 4: Antrag CDU, Grüne, SPD, Linke und FDP „Aufstellung von Multifunktionskästen“

Frau Dr. Mathes macht zunächst deutlich, dass dem TOP ein Antrag der CDU-Fraktion zu Grunde liege, dem sich die übrigen Fraktionen mit Ausnahme der Partei angeschlossen hätten.

Herr Dr. Volkmann stellt den Antrag kurz vor.¹¹

Joachim Vallée begrüßt für den Verein „Die Wachmannstraße“ den Antrag, er lasse Multifunktionsgehäuse erwarten, die nicht von wilden Graffiti verunstaltet seien.

Der Beirat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

TOP 5: Antrag Grüne „Das Grün bleibt im Stadtteil - Schwachhausen auch mit Fernwärmetrasse grün!“

Zu diesem Top liege ein Antrag der Grünen vor, so Frau Dr. Mathes, zu dem die CDU einen Änderungsantrag eingereicht habe.¹² Zunächst möchte sie aber Friedhelm Behrens (swb AG) das Wort erteilen.

Herr Behrens erklärt, dass swb in allen Stadtteilen, die von der Verlegung der Fernwärmetrasse betroffen seien – Schwachhausen, Vahr und Horn-Lehe – über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus bereit sei, sich mit Blick auf die Nachpflanzung von Bäumen und die Gestaltung von Grünflächen zu engagieren. Im Augenblick sei swb allerdings vollauf damit beschäftigt, alle nötigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren bereitzustellen. Deshalb bitte er darum, das Anliegen erst nach dem Planfeststellungsverfahren aufzurufen. Swb werde auch dann noch zu ihrem Wort stehen.

Frau Eickelberg stellt daraufhin fest, dass die Grünen ihren Antrag zurückzögen und das Anliegen nach dem Planfeststellungsverfahren wieder aufrufen möchten. Entsprechend erklärt Herr Linnertz, dass sich der Änderungsantrag der CDU-Fraktion damit erledigt habe.

TOP 6: Antrag CDU „Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in Schwachhausen“

Herr Dr. Volkmann begründet den Antrag der CDU-Fraktion damit, dass die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) von der langjährigen Praxis, dass Schulleitungen bei der Einstellung neuen Lehrpersonals freie Hand haben, abweichen möchte, indem sie Lehrkräfte für zwei bis vier Jahre in Stadtteile abordne, denen Lehrkräfte fehlten. Dies könne zur Folge haben, dass sich interessierte Lehrkräfte gegen eine Anstellung in Bremen entschieden.

Frau Faethe begrüßt den Antrag. SKB liege daran, alle Schulen mit den benötigten Lehrkräften zu versorgen, im vorliegenden Fall sei die Entscheidung jedoch unglücklich. Da die Gefahr bestehe, dass Lehrkräfte kurzfristig abwanderten, sei der Antrag auch dringlich. Sie bitte jedoch, den Antrag auf das bevorstehende Schuljahr zu begrenzen.

Herr Linnertz schlägt daraufhin vor, in Satz 1 den Zusatz „mit Blick auf das bevorstehende Schuljahr“ einzufügen.

Der so geänderte Antrag wird bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

TOP 7: Verschiedenes

Gabriele Schmidt bittet darum, Anträge zu bevorstehenden Beiratssitzungen möglichst drei Tage vorab in Umlauf zu bringen, damit sie diese noch rechtzeitig studieren könne.

Frau Dr. Mathes macht deutlich, dass die grundsätzliche Vereinbarung bestehe, dass Anträge üblicherweise zur Sitzung des Fachausschusses „Globalmittel, Koordination und Prävention“ vorgelegt würden, bevor sie auf der Beiratssitzung aufgerufen würden.

Sprecherin

Vorsitzende

Protokoll

Eickelberg

Dr. Mathes

Berger

¹¹ Der gemeinsame Antrag beruht ursprünglich auf einem Antrag der CDU-Fraktion. Dieser ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

¹² Der Antrag der Grünen-Fraktion ist als **Anlage 6a** diesem Protokoll angefügt, der Änderungsantrag der CDU als **Anlage 6b**.